

Wie gestaltet das Baselbiet die Energiewende?

Atomausstieg Sabine Pegoraro setzt einen mit Fachleuten besetzten runden Tisch «Energie» ein

VON DANIEL HALLER

Auf nationalem Parkett ist die neue Baselbieter Bau- und Umweltdirektorin Sabine Pegoraro (FDP) erst einmal abgebildet: Ihr Versuch, die Konferenz kantonaler Energiedirektoren zu einem klaren Atomausstiegs-Signal in Richtung Ständerat zu bewegen, sei an den allzu unterschiedlichen Meinungen der Kantone gescheitert, berichtete sie gestern an einem Energiebrunch ihrer Direktion.

Doch im eigenen Kanton setzt sie sich das Thema Energie als persönlichen Schwerpunkt. So zeige die vom Regierungsrat 2008 beschlossene Energiepolitik des Kantons zwar in die richtige Richtung, betonte sie. Doch mit dem nach Fukushima angekündigten Atomausstieg, den sie persönlich richtig findet, müsse sich das Baselbiet neuen Herausforderungen stellen: «Es ist wichtig, dass der Kanton Baselland die Entwicklungen auf Bundesebene eng begleitet und möglichst mitgestaltet. Aber auch die eigene kantonale Energiestrategie müssen wir überprüfen», erklärte Pegoraro.

Experten statt Politiker

Dafür setzt sie einen runden Tisch «Energie» ein. «Dieser soll weniger aus Politikern als aus Fachleuten bestehen. Sie sollen sich über Szenarien, Technologien, Chancen und Risiken von Vorschlägen zur Energiewende austauschen und beraten, was sich umsetzen lässt.»

«Photovoltaik-Anlagen entlang der Autobahnen sollen keine Vision bleiben.»

Sabine Pegoraro, Bau- und Umweltschutzdirektorin

Der runde Tisch wird sich Ende Oktober erstmals treffen. Die erarbeiteten Konzepte sollen zwar der politischen Diskussion im Landrat nicht vorgreifen. Doch werden die Ergebnisse des runden Tisches vom Regierungsrat bei der Überarbeitung der kantonalen Energiestrategie berücksichtigt.

Pegoraro will den runden Tisch persönlich leiten. Sie hat aber bereits heute Vorstellungen, welche neuen Massnahmen die Regierung in die Energiestrategie aufnehmen sollte:

- Das «Energiepaket BL» für die ener-



Die Energiewende bedeutet nicht zuletzt Arbeit für das Gewerbe.

ZVG/Franz Schweizer

getische Gebäudesanierung soll ausgebaut werden, indem man beispielsweise Bauherren gezielt anspricht und weiterbildet.

- Ein Verbot von Elektroheizungen könnte ebenso ins kantonale Energiegesetz aufgenommen werden wie die Vorschriften zur Selbstversorgung mit Wärmeenergie.
- Die Bauten des Kantons sollen zu Energie-Vorbildern werden.
- Wärme und Strom sollen zunehmend aus erneuerbaren Quellen kommen. Dazu nannte Pegoraro auch die Möglichkeiten eines Tiefengeothermieprojekts im Baselbiet. «Und Photovoltaik-Anlagen entlang der Autobahnen sollen keine Vision bleiben.» Auch Holz und Biomasse seien vermehrt zu nutzen.
- Dabei soll die Stromversorgung des

Kantons weiterhin sichergestellt sein. Dafür sei sie allenfalls auch für den Bau eines Gaskombikraftwerk offen, was zu einem Spagat mit dem Ziel der CO₂-Reduktion führe.

Weiter seien im kantonalen Richtplan Energiefragen stärker zu berücksichtigen. Und Bewilligungsverfahren für neue Energieproduktionsanlagen müsse man hinterfragen.

Gegenwind erwartet

Damit sprach Pegoraro auch zu erwartende Widerstände an: «Skeptisch bin ich gegenüber der unvermeidbaren Diskussion zum Potenzial der Wind- und der Wasserkraft im Zusammenhang mit Natur- und Landschaftsschutz.»

Auch politisch dürften ihre Ideen gerade in Kreisen der eigenen Partei

zu reden geben. So bemerkte sie gestern, Economiesuisse wolle sich nicht darauf einstellen, dass neue AKW politisch keine Akzeptanz mehr finden. «So verpasst es der Wirtschaftsverband, die Chancen der

neuen Technologien zu ergreifen.» Sie hingegen sprach von einer «spannenden Option. Es geht darum, im Kanton auch die Akzeptanz für die Konsequenzen aus der Energiewende zu schaffen.»

Mitglieder des Baselbieter runden Tisches «Energie»

Name	Funktion
Hans Büttiker	CEO der EBM-Gruppe
Urs Steiner	Geschäftsleiter der EBL
Martin Pfisterer	Leiter Konzern- und Markenkommunikation der BKW
Werner Maier	Direktor Kraftwerk Birsfelden
Eric Nussbaumer	Verwaltungsratspräsident der ADEV
Robert Dahinden	CEO der CABB (grösster Stromkonsument im Kanton Baselland)
Christoph Buser	Leiter KMU-Förderung bei der Wirtschaftskammer Baselland
Franz Saladin	Direktor Handelskammer beider Basel
Walter Steinmann	Direktor Bundesamt für Energie
Alberto Isenbarg	Leiter des Amts für Umwelt und Energie (AUE) Baselland
Roland Dörig und Marc Schürch	Berater von The Advisory House, einer Consultingfirma für Energiefragen
Sabine Pegoraro	Regierungsrätin Baselland, Leiterin des runden Tisches «Energie»

«Es ist logisch, dass mich die Wirtschaftskammer unterstützt»

Wahlkampf Caspar Baader wird als SVP-Ständeratskandidat von der Wirtschaftskammer unterstützt. Der bz erklärt er, wie er nicht nur für KMUler wählbar sein will.

VON BORIS BURKHARDT

Herr Baader, Sie haben verschiedentlich gesagt, dass die Bürgerlichen in der Vergangenheit grössere Chancen gehabt hätten, wenn die Medien neutral gewesen wären. Wählen die Medien die Kandidaten? Caspar Baader: Nein, die Bevölkerung wählt die Kandidaten. Trotzdem erwarte ich von den Medien eine ausgewogenere Berichterstattung. Zum Glück aber ist die Bevölkerung relativ resistent gegen die dauernden Beeinflussungsversuche.

Mehrfach seien Sie auch in Ihrer Ansicht zur Personenfreizügigkeit falsch verstanden worden. Erklären Sie sie uns noch einmal in eigenen Worten.



Nationalrat Caspar Baader, SVP, Gelterkinden. PETER MOSIMANN

Wir wollen das Abkommen der Personenfreizügigkeit nicht kündigen. Das steht nirgends in unserer Initiative gegen die Masseneinwanderung. Wir wissen, dass unsere Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte ange-

wiesen ist. In einer Hochkonjunktur ist die Personenfreizügigkeit kein Problem. Wenn in der Rezession aber Stellen abgebaut werden, dann entsteht plötzlich Konkurrenz am Arbeitsplatz: Soll der ältere, teurere Schweizer bleiben; oder stellt das Unternehmen unter dem Kostendruck einen jüngeren, billigeren Zuwanderer ein? Wer die Entwicklung im Ausland verfolgt, merkt, dass sich diese Problematik bald stellen wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz wieder die Möglichkeit erhält, die Zuwanderung in Abhängigkeit zu den wirtschaftlichen Bedürfnissen selbst zu steuern, beispielsweise mit einer angepassten Ventilklausel. Der Bundesrat hat es verpasst, diese rechtzeitig anzurufen. Die Steuerung funktioniert heute ja bereits bestens für all die hoch qualifizierten Arbeitnehmer in der Pharmaindustrie aus Drittländern wie den USA, Indien, China.

Würden Sie widersprechen, dass Sie in erster Linie als KMU-Kandidat wahrgenommen werden?

Nein. Ich führe als Anwalt selbst einen kleinen Betrieb. Ich bin es ge-

wohnt, selbst zu entscheiden und Verantwortung für mich und andere zu tragen.

Befürchten Sie dann nicht, dass Sie für eine KMU-ferne Klientel unwählbar sind?

Überhaupt nicht. Wissen Sie, man kennt mich in diesem Kanton nicht nur als Politiker. Durch meine beruf-

«Zum Glück ist die Bevölkerung relativ resistent gegen die dauernden Beeinflussungsversuche der Medien.»

liche Tätigkeit stehe ich in dauerndem Kontakt zu Personen aus ganz verschiedenen Kreisen. Die Leute wissen, wer ich bin, was ich denke und für was ich mich einsetze.

Vergrault die Wirtschaftskammer mit der Unterstützung für Sie nicht die Mitglieder, die mit Ihrer Wahl nicht einverstanden sind?

Der Entscheid der Wirtschaftskammer ist für mich logisch. Und er ist einstimmig gefallen, mit ein paar wenigen Enthaltungen. Ich engagiere mich überall für die Arbeitsplätze in unserem Kanton; und der grosse Teil der Arbeitsplätze wird von den KMU im Verbund mit den internationalen Unternehmen gestellt. Wir brauchen beide. Nur, wenn wir genügend Arbeitsplätze haben, geht es der Bevölkerung und dem Kanton gut.

Sie sagen: Ständeratswahlen sind Personenwahlen. Welche Eigenschaften sind Ihr Trumpf?

Ich habe in den letzten dreizehn Jahren – speziell auch in meiner langjährigen Funktion als Fraktionschef – immer wieder bewiesen, dass ich in der Politik Ziele setzen und diese konsequent verfolgen kann, dass ich aber am Schluss einer politischen Auseinandersetzung mit anderen Parteien durchaus auch Kompromisse eingehen kann. Sofern dadurch nicht zentrale Grundwerte unseres Landes wie dessen Unabhängigkeit und Neutralität aufs Spiel gesetzt werden. Dies ist auch im Ständerat wichtig.